

Niederschrift

Sitzung des Hauptausschusses als Polizeibeirat gem. § 8 Abs. 1 Polizeiorganisationsgesetz (POG)

Sitzungstermin:	Dienstag, 04.05.2021
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	20:45 Uhr
Ort, Raum:	Kreissporthalle, Burgfeldstraße 41, 23795 Bad Segeberg

Anwesende:

Frau Doris Grote
Herr Sönke Siebke
Frau Edda Lessing 2. stellvertretende Landrätin
Herr Torsten Kowitz
Herr Matthias Malassa
Herr Martin Ahrens
Frau Rita Marcussen
Herr Arne Hansen
Frau Prof. Dr. Ulrike Täck

Herr Klaus-Peter Schroeder
Herr Heiko Evermann
Herr Toni Köppen
Herr Norbert Dachsel
Herr Thomas Thedens
Herr Klaus Stuber Kreissenorenbeirat
Herr Kurt Barkowsky 1. stellvertretender Landrat
Herr Arne-Michael Berg
Herr Claus Peter Dieck Kreispräsident
Frau Rosemarie Jahn
Herr Rainer Schuchardt
Herr Drews Leiter Kriminalinspektion Pinneberg
Herr Görs Leiter Polizeidirektion Segeberg
Herr Gossen Polizeidirektion Segeberg
Herr Landrat Schröder
Herr Schrenk FBL Umwelt, Planen, Bauen
Herr Stankat Jugendamtsleiter
Frau McGregor FDL Finanzen

Vertretung für: Frau Hella Dorando-Marsch

Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung

Herr Hartung Finanzen

Frau Krüger Gremien, Kommunikation, Controlling

Abwesende:

Frau Hella Dorando-Marsch -

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Situation und Lage der Polizei im Kreis Segeberg
- 2 Einwohnerfragestunde I
- 3 Formalien
 - 3.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 3.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.04.2021
 - 3.3 Informationen des Landrates
 - 3.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten
- 4 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 4.1 Antrag des Trägervereins KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch e.V. auf eine institutionelle Förderung
Änderungsantrag 2021
Vorlage: DrS/2020/149-1
 - 4.2 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen auf Erarbeitung einer Kulturkreis-Strategie
Vorlage: DrS/2021/084
 - 4.3 Nothilfefonds für Kulturschaffende
 - 4.3.1 Änderung Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen zur Kulturförderung (Nothilfefonds)
Vorlage: DrS/2021/049-1
 - 4.3.2 Änderungs-/Alternativantrag zur DrS/2021/049 Einrichtung des "SE-KulturStipendiums"
Vorlage: DrS/2021/049-2

- 4.3.3 Entwurf einer Richtlinie zur Förderung von Kulturschaffenden während der Corona-Pandemie -Kultur-Stipendium Segeberg-
Vorlage: DrS/2021/049-3
- 4.3.4 Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen zum Entwurf einer Richtlinie zur Förderung von Kulturschaffenden
Vorlage: DrS/2021/049-4
- 4.3.5 Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Landeskulturverband Schleswig-Holstein e.V. zur Förderung von Kulturschaffenden aus dem Kreis Segeberg während der Corona-Pandemie -SE-Aufstockungsbetrag für Kulturhilfe-Stipendium SH-
Vorlage: DrS/2021/049-5
- 4.4 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen auf Initiierung des Projekts "SE-JungeKunst goes digital classic"/ "SE-JungeKunst macht Klassik digital"
Vorlage: DrS/2021/085
- 4.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Änderung der Richtlinie über die Verleihung des Kunst- und Kulturpreises und Jugend-Kunst- und Kulturpreises des Kreises Segeberg: Jährliche Verleihung
Vorlage: DrS/2021/086
- 4.6 Antrag der Fraktionen CDU und Freie Wähler auf Spezialräder für Mobilitätsprojekte in den Förderzentren des Kreises Segeberg
Vorlage: DrS/2021/083
- 4.7 Geänderter Antrag der WI-SE Fraktion auf Anerkennung und Übernahme von Kosten der Schülerbeförderung aufgrund freiwilliger Leistung des Kreises
Vorlage: DrS/2021/060-1
- 4.7.1 Antrag auf Anerkennung und Übernahme von Kosten für die Schülerbeförderung als freiwillige Leistung des Kreises
Vorlage: DrS/2021/060-2
- 4.8 Bildungsregion zukunftsorientiert gestalten - Bildungsmanagement, Bildungsplanung und Bildungsmonitoring im Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2021/017
- 4.9 Verlängerung des Projekts "Wohnen und Arbeit"
Vorlage: DrS/2021/078
- 4.10 Antrag der CDU-Fraktion auf Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: DrS/2021/088
- 4.11 Änderung der Hauptsatzung des Kreises Segeberg;
hier: 1. Nachtragssatzung
Vorlage: DrS/2021/090

- 4.12 Änderungsliste
- 5 Berichte/Informationen
- 6 Verschiedenes
- 6.1 Anfragen
- 6.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 7 Einwohnerfragestunde II

(nichtöffentlich)

- 8 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises

(öffentlich)

- 9 Nachgereichte Vorlagen

(nichtöffentlich)

- 9.1 Interimsvergabe ÖPNV-Teilnetze SE3-9
Vorlage: DrS/2021/094

(öffentlich)

- 9.2 Erweiterungsantrag der CDU-Fraktion zu DrS/2021/059 - Frauenhausplätze
Vorlage: DrS/2021/059-1

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.
Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Situation und Lage der Polizei im Kreis Segeberg

Die Herren Görs, Drews und Gossen erläutern die vorliegende polizeiliche Kriminalstatistik (s. Anlage zur Sitzung) und gehen auf die vorab gestellten Fragen ein.

Herr Ahrens hat folgende Fragen gestellt, die von Herrn Görs beantwortet werden:

Wie werden Polizist*innen in unserem Polizeibezirk zu den Themen Rassistismus (Racial Profiling) und Polizeigewalt sensibilisiert?

Es gibt z. B. Lehrgänge, um interkulturelle Kompetenzen zu entwickeln und zu erweitern sowie Einsatztraining für konkrete Situationen. Es müsse Sensibilität in alle radikalen Richtungen geschaffen werden. Bei Problemen werden Gespräche geführt und jede Form von Menschenverachtung werde geahndet.

Wie wird sichergestellt, dass in unserem Polizeibezirk keine Polizist*innen mit rechtsradikalem Gedankengut beschäftigt sind?

Dieses werde bereits bei den Einstellungsverfahren intensiv überprüft, kann aber nicht endgültig ausgeschlossen werden. Extremismus sei ein festes Thema in der Ausbildung in mehreren Fächern. Auftretende Verdachtsfälle werden überprüft und ggf. konsequent laubahnrechtlich geahndet. Dies könne zur Entlassung führen.

Wie hoch ist die Quote von Polizist*innen mit Migrationshintergrund in unserem Polizeibezirk?

Von ca. 600 Mitarbeiter*innen gebe es 8 mit tatsächlichem Migrationshintergrund. Die Zahl der familiär vorgeprägten Mitarbeiter*innen sei deutlich höher und hierauf werde bei den Einstellungen auch geachtet. Allerdings seien viele fachliche Voraussetzungen zu erfüllen und es werde niemand bevorzugt, weil er einen Migrationshintergrund hat.

Von Frau Marcussen wurden folgende Fragen vorab gestellt, die seitens Herrn Gosse beantwortet werden:

Bei den Hauptunfallursachen (Abbiegen; 24,6 %)

*** wird unterteilt nach Fahrzeugarten (Pkw, Lkw...)?**

Hierzu gibt es keine Unterteilungen.

*** wenn ja, wird dann auch festgestellt ob die LKWs schon mit den neuesten Außenspiegeln ausgerüstet sind und ist diese Umrüstung schon Pflicht?**

Der Einbau der Assistenzsysteme sei lediglich bei Neufahrzeugen Pflicht. Es werde noch lange dauern, bis alle zugelassenen LKW darüber verfügen.

Seitens Herrn Stuber wurde eine Frage eingereicht, die von Herrn Drews beantwortet wird:

Bei 13.970 registrierten Straftaten entfielen wieviele davon auf Täter 60+?

Die Altersgruppe 60+ sei insgesamt unterrepräsentiert. Etwa 7% der Täter und 8% der Opfer seien dieser Altersgruppe zugehörig. Frau Grote merkt an, dass sie von einer höheren Zahl von Opfern ausgegangen sei, da in den Medien häufig darüber berichtet werde. Sie lobt die Arbeit der Polizei und stellt fest, dass in Norderstedt dringend ein besseres Dienstgebäude benötigt werde.

Auf Nachfrage von Herrn Köppen erklärt Herr Drews, dass die Zahl der Angriffe gegen die Polizei leicht rückläufig sei. Insgesamt gebe es aber mehr Einsätze mit Konfliktpotential. Das Filmen an Unfallorten werde vermehrt zum Problem, es seien

aber nach wie vor Einzelfälle. Herr Evermann erkundigt sich, um welche Taten es sich bei ausländischen Tätern handele, da diese überproportional zur Bevölkerung als Täter aufgeführt seien. Herr Drews teilt mit, dass hier auch illegale Aufenthalte enthalten seien, die von Deutschen gar nicht begangen werden können. Weiter seien häufig Wohnungseinbrüche das Tatfeld, hier gebe es eine hohe Quote von sogenannten Einbruchstouristen, die meist aus Osteuropa stammen.

Herr Gossen erklärt, dass ein monatlich wechselndes Schwerpunktprogramm im Verkehrsbereich aufgelegt worden sei. Themen seien z. B. Kontrollen beim Fahrradverkehr, Motorradfahrer, Alkohol, Medikamente, Drogen, Urlaubsfahrten/Camping oder Schulwegsicherung.

Pause: 19:00 – 19:10 Uhr

zu 2 Einwohnerfragestunde I

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

zu 3 Formalien

zu 3.1 Genehmigung der Tagesordnung

Der Landrat bittet darum, die nachgereichte Vorlage zum ÖPNV per Dringlichkeit auf die Tagesordnung zu nehmen. Um den Busverkehr im Kreis aufrecht erhalten zu können, sei nach der Gerichtsentscheidung eine Zwischenvergabe notwendig.

Die Aufnahme der DrS/2021/094 per Dringlichkeit wird einstimmig beschlossen.

Frau Lessing erklärt, dass die Beratung zu TOP 4.2 zunächst im BKS erfolgen werde. Der TOP könne somit abgesetzt werden. Herr Dieck ergänzt, dass zu TOP 4.5 genauso zu verfahren sei. Herr Hansen teilt mit, dass die TOPs 4.3.1 – 4.3.4 entfallen können und lediglich über TOP 4.3.5 abzustimmen sei.

Da die Niederschrift der letzten Sitzung noch nicht veröffentlicht ist, wird TOP 3.2 ebenfalls abgesetzt.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

zu 3.3 Informationen des Landrates

Der Landrat berichtet über folgende Themen:

- Die Aufstallpflicht aufgrund der Geflügelpest werde am 05.05.2021 aufgehoben.

- Der Neubau Rosenstraße könne voraussichtlich zum 01.11.2021 übernommen werden, so dass noch in diesem Jahr mit den Umzügen begonnen werden kann. Nach Prüfung des Gebäudes könnten alle Umzüge Anfang 2022 abgeschlossen werden.
- Es könne ein Anstieg der Impffzahlen vermeldet werden. Ab Juni sei zudem vorgesehen, dass auch Betriebsärzte impfen dürfen.
- Es haben sich 3 Unternehmen an der Ausschreibung der Gigabit-Studie beteiligt. Der Auftrag werde vom Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume vergeben, die dieses Fördermittelgeber sei. Die Auftragsvergabe könne bis zu 12 Wochen dauern. Ziel sei es, 2022 mit dem Ausbau zu beginnen.
- Der aktuelle Schuldenstand sowie der Bericht aus den Beteiligungen werden zu Protokoll gegeben.

Auf Nachfrage von Herrn Dieck teilt Herr Stankat mit, dass der Jahresabschluss des VJKA einen erheblichen Überschuss ausweise. Dies liege vor allem daran, dass viele Angebote coronabedingt nicht realisiert werden konnten. Ob diese zurückgefordert oder mit kommenden Abschlägen verrechnet werden, werde im JHA beraten.

Der Landrat erklärt auf Nachfrage von Herrn Evermann, dass die aktuellen Impfquoten jeweils montags veröffentlicht werden. Hierbei seien allerdings diejenigen, die beim Hausarzt oder in anderen Kreisen bzw. Hamburg geimpft wurden, nicht erfasst. Bisher seien ca. 55.000 in Impfzentren und ca. 6.000 in Pflegeheimen geimpft worden.

zu 3.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten

Der Kreispräsident teilt mit, dass die Kreistagssitzung in der Kreissporthalle stattfinden wird. Es können gemäß Absprache im Ältestenrat noch einige Tagesordnungspunkte gestrichen werden. Er gehe von einer Sitzungsdauer von 2 – 2,5 Stunden aus.

zu 4 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 4.1 Antrag des Trägervereins KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch e.V. auf eine institutionelle Förderung

Änderungsantrag 2021 Vorlage: DrS/2020/149-1

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Trägerverein KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch e.V. soll in Ergänzung zur Beschlussfassung vom 24.09.2020 aufgrund seines Änderungsantrages

vom 29.03.2021 mit folgenden Höchstbeträgen im Rahmen der institutionellen Förderung für die Jahre 2021-2023 gefördert werden:

Haushaltsjahr 2021: 35.851 EUR (zuvor: 29.987 EUR)

Haushaltsjahr 2022: 38.151 EUR (zuvor: 32.135 EUR)

Haushaltsjahr 2023: 41.650 EUR (zuvor: 35.400 EUR)

Einzelheiten sind im öffentlich-rechtlichen Zuwendungsvertrag festzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 4.3.5 Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Landeskulturverband Schleswig-Holstein e.V. zur Förderung von Kulturschaffenden aus dem Kreis Segeberg während der Corona-Pandemie -SE-Aufstockungsbetrag für Kulturhilfe-Stipendium SH-Vorlage: DrS/2021/049-5

Herr Stankat erläutert, dass kurzfristig am Tag der BKS-Sitzung neue Erkenntnisse durch die Stadt Kiel gewonnen worden seien. Die Stadt Kiel habe eine Vereinbarung mit dem Landeskulturverband (LKV) getroffen, dass die von dort ausgezahlten Fördermittel um eine bestimmte Summe aufgestockt werden. Der LKV bearbeite die Anträge und erhält dafür eine Verwaltungskostenerstattung. Der Kreis könne eine ähnliche Vereinbarung abschließen und die angedachten 5.000 € pro Person aufstockend gewähren. Der LKV habe darum gebeten, möglichst wenig andere Fördervoraussetzungen prüfen zu müssen. Aus Sicht von Herrn Stankat sei aber bei 5.000 € Auszahlung eine Prüfung von Nachweisen erforderlich. Er bittet darum, bei den weiteren Verhandlungen mit dem LKV die Möglichkeit eingeräumt zu bekommen, kleine Anpassungen im Vertrag vornehmen zu dürfen.

Herr Hansen dankt Herrn Stankat für die Idee und die äußert schnelle Umsetzung. Ihm sei wichtig, dass eine Summe von 500.000 € statt 300.000 € in den Haushalt eingestellt werde. Weiter solle die Antragsfrist vom 30.06. auf den 30.09. verlängert werden, um möglichst viele Kulturschaffende erreichen zu können. Herr Kowitz schließt sich dem an und ergänzt, dass eine Teilnahme der geförderten Künstler an den SE-Kulturtagen wünschenswert sei. Herr Evermann bekräftigt den Wunsch und spricht sich für eine Verpflichtung hierzu aus. Herr Stankat führt aus, dass dies auch Wunsch der Verwaltung sei. Jedoch sei dann keine 1:1 Koppelung an die

Richtlinie des Landes möglich und es sei eine neue Antragstellung beim LKV nötig. Der angestrebte schlanke Antragsweg sei dann nicht mehr möglich. Er schlägt vor, im Bewilligungsbescheid einen Hinweis aufzunehmen, dass dies seitens des Kreises gewünscht sei. Da die Künstler*innen alle gerne auftreten möchten, werden diese froh sein, Möglichkeiten zu erhalten. Herr Schroeder schlägt folgende Formulierung vor: „Der Kreistag erhofft sich eine Beteiligung der geförderten Künstler*innen an den SE-Kulturtagen“

Herr Schroeder erklärt, dass es sich um eine pragmatische Lösung handele. Laut Vorlage würden dem LKV bisher 45 Anträge aus dem Kreis Segeberg vorliegen. Er fragt nach, wie hoch der Aufwand bei einer Fristverlängerung für den LKV sei. Herr Stankat teilt mit, dass die Antragsfrist für die Landesmittel am 15.05. ende. Eine Verlängerung bis 30.06. würde den LKV bereits vor Probleme stellen, dies würde aber mitgetragen. Seitens der Verwaltung sei vorgeschlagen worden, für die Fördermittel eine Summe von 300.000 € zur Verfügung zu stellen. Derzeit liegen 45 Anträge vor. Bei einer Bezuschussung von je 5.000 € ergebe sich eine Summe von 225.000 €, hinzu kämen ca. 10.000 € als Verwaltungskostenerstattung. Somit sei noch eine Summe von 65.000 € verfügbar, so dass noch 13 weitere Kulturschaffende ein Stipendium erhalten könnten.

Frau Grote fragt nach, ob eine Klärung der Antragsfrist bis zum Kreistag möglich sei. Herr Stankat werde dies versuchen. Frau Lessing macht darauf aufmerksam, dass im Hauptausschuss keine inhaltlichen Details diskutiert werden sollten. Dies obliege dem Fachausschuss. Die Diskussion über die Antragsfrist und die Höhe der Fördermittel sei in Ordnung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kreis Segeberg und dem Landeskulturverband Schleswig-Holstein e.V. zur Förderung von Kulturschaffenden aus dem Kreis Segeberg während der Corona-Pandemie (SE-Aufstockungsbetrag Kulturhilfe-SH) auf der Basis des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfs. Der Kreistag erhofft sich eine Beteiligung der geförderten Kulturschaffenden an den SE-Kulturtagen.

Dafür werden einmalig 300.000 Euro im Nachtragshaushalt des Kreises für das Jahr 2021 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 4.4 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen auf Initiierung des Projekts "SE-JungeKunst goes digital classic"/ "SE-JungeKunst macht Klassik digital"
Vorlage: DrS/2021/085

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen, dass der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie der Hauptausschuss empfehlen und der Kreistag beschließen möge:

Der Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e.V. (VJKA) wird beauftragt, im Rahmen der SE-JungeKunst ein „Digitales Kunstprojekt“ zu initiieren und durchzuführen. Unter dem Titel „SE-JungeKunst goes digital classic"/ „SE-JungeKunst macht Klassik digital“ sollen junge Menschen animiert werden, einen Video-Beitrag zu produzieren, in dem sie auf innovative und individuelle Weise ihre Begeisterung für die klassische Musik an einem ausgewählten Ort im Kreis Segeberg in Szene setzen. Aus den eingereichten Beiträgen soll ein Film entstehen, der musikalisch mit den klassikbegeisterten Musikantinnen und Musikanten durch Landschaft und Kultur des Kreises wandert. Der VJKA soll die Arbeiten professionell begleiten und das Ergebnis im Rahmen der „SE-KulturTage 2021“ der Öffentlichkeit präsentieren. Als Identitätsstiftendes Medium soll der Film auch über den Festivalzeitraum hinaus abrufbar sein.

Die voraussichtlich entstehenden Kosten in Höhe von 5.000 € sollen über einen Nachtragshaushalt gedeckt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 4.6 Antrag der Fraktionen CDU und Freie Wähler auf Spezialräder für Mobilitätsprojekte in den Förderzentren des Kreises Segeberg
Vorlage: DrS/2021/083

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen der Freien Wähler und der CDU beantragen, dass der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie der Hauptausschuss empfehlen und der Kreistag beschließen möge:

Der Kreis Segeberg schafft fünf bis sechs Spezialfahrräder an, mit denen die Förderschulen in Trägerschaft des Kreises Mobilitätsprojekte mit ihren Schülerinnen und Schülern durchführen können. Die Spezialräder sollen für geistig und körperlich eingeschränkte Kinder und Jugendliche nutzbar sein. Die Leitungen der Förderschulen beraten gemäß didaktischer Konzepte über die adäquate Ausstattung der „Förderräder“ und über Art und Weise ihres Einsatzes. Im Rahmen von Inklusionsmaßnahmen sollen die „Förderräder“ auch von anderen Schulen im Kreis Segeberg genutzt werden können.

Für die Anschaffung der Spezialfahrräder werden im Nachtragshaushalt 25.000 € bereitgestellt. Für die Wartung und Instandsetzung sollen Mittel der nutzenden Schulen in Anspruch genommen werden. Die Verwaltung wird gebeten, wenn möglich Fördermittel für die Beschaffung und Wartung zu akquirieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 4.7 Geänderter Antrag der WI-SE Fraktion auf Anerkennung und Übernahme von Kosten der Schülerbeförderung aufgrund freiwilliger Leistung des Kreises Vorlage: DrS/2021/060-1

Herr Köppen stellt den Antrag vor und erläutert, dass keine Satzungsänderung vorgesehen sei. Herr Kowitz erklärt, dass seine Fraktion den Antrag aufgrund der negativen Stellungnahme der Verwaltung ablehnen werde. Zudem könne die Verwaltung aufgrund von Ausnahmeentscheidungen auch ohne Beschluss entsprechend handeln. Herr Schroeder gibt zu bedenken, dass der Fachdienst den Antrag der WI-SE laut Vorlage befürworte. Herr Hansen erklärt, der Antrag decke sich mit dem Vorschlag der Verwaltung. Ein Beschluss versetze die Verwaltung fachlich in eine sicherere Lage.

Beschlussvorschlag:

Die WI-SE beantragt:

1. Der Kreis Segeberg übernimmt ab dem Schuljahr 2021/2022 die Kosten der Schülerbeförderung derjenigen Schülerrinnen und Schüler (ca. 330 SuS), welche

aufgrund der aktuell geltenden Entfernungsregelungen zur nächstgelegenen allgemeinbildenden Schule in öffentlicher Trägerschaft laut der Satzung keinen Anspruch auf ein Schülerticket haben. Die Kostenübernahme betrifft ausschließlich Schüler*innen, die nicht am Schulort wohnen.

2. In den Nachtragshaushalt 2021 werden zu diesem Zweck 53.000,00€ (August-Dezember) eingestellt. In die Mittelfristplanung werden künftig 125.000,00€ zu diesem Zweck eingeplant.

3. Die Verwaltung wird gebeten, gemäß Absprachen im AK Schülerbeförderung, mit dem Kreis Herzogtum-Lauenburg Gespräche aufzunehmen, um weitere Bearbeitungskapazitäten mit dem neuen Online-Antragsverfahren (OLAV) zu erörtern und dem AK in der nächsten Sitzung zu berichten, um eventuelle Verbesserungen in der Schülerbeförderung zu erörtern.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		3	1	4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	7	4	1	12

zu 4.8 Bildungsregion zukunftsorientiert gestalten - Bildungsmanagement, Bildungsplanung und Bildungsmonitoring im Kreis Segeberg Vorlage: DrS/2021/017

Herr Kowitz teilt mit, dass Herr Stankat und Herr Gerberding seine Nachfragen ausführlich beantwortet hätten. Allerdings sei ihm trotzdem nicht deutlich geworden, warum diese Stellen benötigt werden. Es habe keine Organisationsuntersuchung gegeben und es wurde bisher keine Bilanz oder Analyse vorgelegt. Er spricht sich gegen eine Verstetigung der Stellen aus.

Herr Schroeder erklärt, dass sehr große Aufgabenkomplexe zu bearbeiten seien. Die Mitarbeitern*innen seien äußerst kompetent und würden gute Ergebnisse liefern. Zudem gebe es weitere Themen, die noch bearbeitet werden müssten, wie z. B. die PIA Ausbildung oder die Schulsozialarbeit. Hierfür sei eine gute personelle Ausstattung notwendig. Seit die Stellen besetzt seien, habe es Quantensprünge gegeben. Herr Hansen gibt zu bedenken, dass viele Bereiche auf die Zuarbeit der Mitarbeiter*innen angewiesen seien. Die Digitalisierung der Schulen müsse deutlich vorangebracht werden. Ohne Personal sei dies nicht zu realisieren.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, nach Auslaufen der Bundesförderung, die Aufgaben Bildungsmanagement, Bildungsplanung und Bildungsmonitoring über das Jahr 2021 hinaus personell zu verstetigen und unbefristet fortzusetzen. Dafür sind im Stellen- und Haushaltsplan ab dem Jahr 2022 insgesamt 2,5 VzS bereitzustellen, wovon 1,0 VzS für Bildungsplanung bereits unbefristet vorhanden sowie 1,0 VzS für Bildungsmanagement (1.24300.0004.1) und 0,5 VzS für Bildungsmonitoring (1.24300.0005.1) zu entfristen sind.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	7	5		12

zu 4.9 Verlängerung des Projekts "Wohnen und Arbeit" Vorlage: DrS/2021/078

Frau Lessing verweist auf die umfangreiche Diskussion im Sozialausschuss und schlägt vor, einen Passus im Beschluss aufzunehmen, dass einmal im Jahr ein Bericht seitens des Trägers vorgelegt wird. Herr Stankat erklärt, dass der Vertrag unbefristet sei und dies ein guter Kompromiss sei.

Beschlussvorschlag:

Das Projekt „Wohnen und Arbeit“ in Norderstedt wird über den 31.12.2021 hinaus fortgeführt. Fördermittel in Höhe von max. 61.980 € jährlich werden zur Verfügung gestellt. Die Auszahlung erfolgt wie bisher einzelfallbezogen gegen Rechnung nur bei tatsächlicher Inanspruchnahme. Vom Träger wird einmal jährlich, jeweils im 2. Quartal des laufenden Jahres, ein Bericht vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 4.10 Antrag der CDU-Fraktion auf Änderung der Hauptsatzung Vorlage: DrS/2021/088

Der Landrat erklärt, dass die Fachausschüsse sich mit Feststellungen des RPA-Bereichs befassen könnten, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen. Hierfür sei keine Änderung der Hauptsatzung notwendig. Es sei schon aus Ressourcengründungen zu vermeiden, prophylaktisch Mitarbeiter*innen des RPA an jedem Fachausschuss teilnehmen zu lassen, da der Hauptausschuss zuständiger Ausschuss sei. Bei konkretem Bedarf werden sie dieses natürlich tun. Sollte eine Änderung der Hauptsatzung gewollt sein, müsse für einen Beschluss formal zunächst eine Änderungssatzung mit konkreter Formulierung geschrieben und HA sowie KT vorgelegt werden.

Herr Kowitz teilt mit, dass im Bauausschuss im letzten Jahr vom Landrat darauf verwiesen wurde, dass eine Befassung dort nicht möglich sei, weil die Hauptsatzung dies nicht regelt. Frau Lessing verweist darauf, dass der RPA Bericht eine der Hauptaufgaben des Hauptausschusses sei. Dieser könne die Fachausschüsse beauftragen, sich mit einzelnen Themen zu befassen. Der Landrat sagt diese Vorgehensweise zu. Herr Kowitz zieht den Antrag daraufhin zurück.

zu 4.11 Änderung der Hauptsatzung des Kreises Segeberg; hier: 1. Nachtragssatzung Vorlage: DrS/2021/090

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Kreises Segeberg in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP			1	1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	11		1	12

zu 4.12 Änderungsliste

Frau McGregor stellt die Änderungen gegenüber der Fassung des Hauptausschusses vom 22.04. vor. Es habe eine Anfrage der CDU-Fraktion gegeben, in deren Antwort auch eine Auflistung von nicht zu realisierenden Maßnahmen enthalten sei. Sie spricht sich dafür aus, diese Maßnahmen wie vorgeschlagen zu streichen bzw. zu kürzen und für 2022 als VE aufzunehmen. Der Ausschuss spricht sich dafür aus.

zu 6 Verschiedenes

zu 6.1 Anfragen

Herr Evermann möchte wissen, wieviele Anträge bisher für die bereitgestellten Mittel für die Luftfilter und die Förderung der Landgasthöfe gestellt worden seien. Nach Auskunft des Landrats seien ihm keine Anträge für Luftfilter bekannt. Der Kreis habe alle Städte, Gemeinden und Schulträger informiert. Seitens der Landgasthöfe seien bisher ca. 40 Anträge mit rund 290.000 € Fördersumme gestellt worden. Einige Prüfungen stünden noch aus, die Antragsfrist sei beendet. Für die Steuerberaterkosten gebe es 70 Anträge mit rund 80.000 € Umfang. Weiter fragt Herr Evermann, welche Kosten für die Corona-Verstärkerbusse im Herbst noch entstehen werden. Der Landrat erklärt, dass einige Busse seit dieser Woche eingesetzt seien. Der entsprechende Zeitraum habe sich immens verkürzt, für den Herbst gebe es bisher keine Planungen.

Herr Ahrens verweist auf ein Programm des Landesschwimmverbands, das bisher wegen geschlossener Schwimmbäder nicht durchgeführt werden konnte. Er erkundigt sich, ob seitens der Schwimmbäder schon Konzepte eingereicht worden seien. Der Landrat sagt eine Beantwortung mit dem Protokoll zu.

Antwort der Verwaltung:

Es haben bisher nur wenig Freibäder wieder geöffnet, da gem. Landesverordnung zur Zeit nur Schwimmunterricht und Bahnschwimmen erlaubt ist. Mit dieser geringen Anzahl an Nutzern ist ein wirtschaftlicher Betrieb der Bäder oft nicht möglich.

zu 6.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Herr Köppen verabschiedet sich aufgrund seiner Tätigkeit als hauptamtlicher Bürgermeister von den Hauptausschussmitgliedern.

Herr Rüge kündigt für die nächste Sitzung den RPA Bericht an. Der Landrat ergänzt, dass auch der Personal- und E-Governmentbericht angekündigt seien.

zu 7 Einwohnerfragestunde II

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Doris Grote
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Krüger
(Protokollführung)